

Sara Roy

# Die Krise im Innern: Der Kampf um die palästinensische Gesellschaft

**Die palästinensische Gesellschaft verliert allmählich ihr Gleichgewicht. Die Regeln, die es einer Gesellschaft erlauben, sich Ausgewogenheit, Ordnung und einen Mittelpunkt zu erhalten, sind sämtlich gebrochen worden. Für die palästinensische wie für alle anderen Gesellschaften ist die Chance einer persönlichen Entwicklung maßgeblich. Dazu gehört für den Einzelnen das Gefühl, Möglichkeiten zu haben und sie ungehindert nutzen zu können.**

*„Wie soll ich meinen Kindern sagen, dass ich nicht genug Geld habe, um ihnen etwas Anständiges zu essen zu kaufen? Was soll ich tun? Wo soll ich hin? Wir haben keinen Frieden; wir haben Krieg, aber ich kann nicht kämpfen. Womit denn? Wofür denn?“*

Das sagte mir ein Vater von acht Kindern, der in einem Flüchtlingslager im Gazastreifen lebt. Seine Verzweiflung und seine Mutlosigkeit spiegeln die Gefühle vieler Palästinenser wider, die in den besetzten Gebieten leben. Die Jahre seit der Unterzeichnung der Osloer Verträge von 1993 und 1995 waren für die Palästinenser nicht nur äußerst schmerzlich, sondern im politischen und wirtschaftlichen Sinne auch äußerst schädlich. Von der Verwirklichung ihrer Zukunft sind die Palästinenser so weit entfernt wie je zuvor, und die Auswirkungen dieser Erkenntnis waren verheerend. Darüber hinaus hat die Tatsache, dass es im sogenannten Friedensprozess bislang nicht gelungen ist, das Problem des persönlichen und kollektiven Niedergangs anzugehen – oder gar zu lösen –, die Spannungen in der palästinensischen Gesellschaft auf beunruhigende Weise weiter verschärft. Der soziale Wandel, der sich hier zu entwickeln beginnt, ist nicht nur struktureller, sondern auch psychologischer Natur. Die Menschen leiden ganz ohne Zweifel unter einer Anomie, einer Erosion ihres Selbstwertgefühls, die ihnen jede Hoffnung nimmt und allen Perspektiven Hohn spricht.

Der Oslo-Prozess hat zu einigen dramatischen Veränderungen in der palästinensischen Gesellschaft

geführt, von denen die Abkehr von dem politischen Aktivismus, der jahrzehntelang für die Lebensart und Organisation der Palästinenser von grundlegender Bedeutung war, sowie das Aufkommen einer allgemeinen Resignation vielleicht am überraschendsten und bezeichnendsten sind. Diese „innere Emigration“ wurde von anderen, gleichermaßen beunruhigenden Veränderungen begleitet: So stehen zum Beispiel nicht mehr die Gemeinschaft und das Gemeinwohl im Vordergrund, sondern das Individuum und seine Überlebensfähigkeit. Seit Beginn des Friedensprozesses haben die Palästinenser allmählich ihre Mündigkeit verloren, und zwar sowohl als politisches Kollektiv, das in der Lage ist, ein nationales Programm zu artikulieren und durchzusetzen, als auch als soziale Akteure, denn sie sind nicht länger in der Lage, ihre Familien und die sie tragenden Institutionen zu erhalten. Diese (doppelte) Entmündigung, eine für die Palästinenser in ihrer neueren Geschichte völlig unbekannte Erfahrung, wird als Schwäche empfunden und artikuliert – eine Schwäche, die das Gefüge der palästinensischen Gesellschaft langsam aber stetig unterminiert.

Die Gründe für diesen Wandel hängen damit zusammen, dass der Osloer Friedensprozess verfälscht wurde. Zu den krassesten Symptomen dafür gehören die wachsende Kontrolle, die Israel (als direkte Folge der Osloer Vereinbarungen) über das Leben der Palästinenser ausübt, die Aufteilung des palästinensischen Volkes in isolierte Enklaven ohne Verbindung untereinander und die Institutionalisierung einer Palästinenserbehörde, die sich als repressiv und korrupt erwiesen hat.

Ohne Zweifel hängt die Rückentwicklung der palästinensischen Gebiete zum großen Teil mit den Bedingungen zusammen, nach denen der Osloer Prozess gestaltet wurde. Denn durch diese Bedingungen wird die grundlegende Beziehung zwischen Besetzten und Besatzern nicht geändert, sondern eher noch verstärkt. Mit den Osloer Vereinbarungen wurde nämlich der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern aus dem Bereich des Völkerrechts, in dem die Palästinenser noch über größeren Einfluss verfügten, in den Bereich bilateraler Verhandlungen zwischen zwei völlig ungleichen Akteuren verlagert. Dank dieser Asymmetrie gilt sowohl für die auslaufende Über-

gangsvereinbarung als auch für die endgültige Vereinbarung, die im Moment erarbeitet wird, nicht das Prinzip der Gerechtigkeit; sie reflektieren vielmehr beide die Stärke der Israelis und die Schwäche der Palästinenser. Damit wird durch den Friedensprozess das bestehende (Un-)Gleichgewicht der Kräfte nicht nur bestätigt, sondern auch legalisiert und sanktiniert. Etwas Derartiges hat es vor Oslo nie gegeben.

Dem palästinensischen Volk ist hierdurch ein echter, dauerhafter Schaden entstanden, aber es versucht auch, sich ein neues Zentrum zu schaffen und der Unordnung Widerstand zu leisten, die ihm aufgezwungen wurde. In dem vorliegenden Beitrag sollen bestimmte Elemente des Wandels in der palästinensischen Gesellschaft untersucht werden. Dabei werden mehr Fragen aufgeworfen, als Antworten gegeben werden können, denn echte Antworten werden sich uns solange entziehen, bis der Konflikt in all seinen Dimensionen beigelegt ist.

Zur Betrachtung und Bewertung des Wandels in der palästinensischen Gesellschaft gibt es zahlreiche Ansätze, von denen hier jedoch nur einige behandelt werden sollen. Es handelt sich hier lediglich um einen wenn auch unvollständigen Versuch, einen noch in der Entwicklung befindlichen Prozess zu begreifen.

## **■ Die Auflösung des politischen Lebens**

Das Hegemonialsystem, das den Palästinensern von den Israelis in den 26 Jahren ihrer Herrschaft aufgekrolyiert worden war, ist mit der Umsetzung des Friedensprozesses keineswegs verschwunden; vielmehr wurde es von dem neuen palästinensischen Regime mit gewissen Änderungen beibehalten. (Zwar sind endgültige Entscheidungen über die Lebensumstände der Palästinenser immer noch das Vorrecht der israelischen Regierung, aber die Palästinenserbehörde hat hier in vieler Hinsicht eine Vermittlerrolle übernommen.) Vor 1994 hatte die israelische Militärregierung politische Aktivitäten und Zusammenschlüsse jeder Art ungeachtet ihres möglicherweise gemeinnützigen Zwecks verboten und kriminalisiert. Wenn jemand in seiner Wohnung eine Landkarte von Palästina aufhängte, galt dies als Verbrechen, das mit Gefängnis bestraft werden konnte. Nach der Einrichtung der Palästinenserbehörde wurde erwartet, dass derartig

ungeheuerliche Regelungen abgeschafft würden, und das war auch tatsächlich häufig der Fall. Was man nicht erwartet hatte, war die Institutionalisierung einer politischen Ordnung, die der vorangegangenen an Repression in nichts nachstand.

Etwas Ähnliches wie die aktuelle Lähmung des politischen Lebens gab es bereits in der Zeit vor den Osloer Verträgen, nämlich von 1992 bis 1993. Damals befanden sich die Palästinenser in einem Zustand politischer Verwirrung, weil die PLO nicht in der Lage war, die israelische Besatzung zu beenden, und weil der Druck der enormen wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Kosten, die durch sechs Jahre Intifada und durch den Golfkrieg entstanden waren, ins Unermessliche angewachsen war. Als die politischen und wirtschaftlichen Ressourcen allmählich knapp wurden, verschärften sich die politischen Rivalitäten und die Spannungen zwischen den einzelnen Gruppierungen. Diese Dynamik erreichte ihren Höhepunkt während der wirtschaftlichen Blockade im März 1993. Den weltlichen politischen Parteien ging ihre ideelle Grundlage verloren, und in der allgemeinen Diskussion ging es immer mehr um Macht und immer weniger um philosophische Fragen. Die Politik, die früher im Leben der Palästinenser eine so zentrale Rolle gespielt hatte, verlor dadurch immer mehr ihren Sinn und ihre Bedeutung. „Weltliche nationalistische Gruppen waren nicht länger in der Lage, das Volk wie früher während der Intifada zu organisieren und zu mobilisieren bzw. bei sozialen oder klassenbedingten Streitigkeiten zu vermitteln, wie das während der gesamten Besatzungszeit der Fall gewesen war. Der Verlust dieser sozialen Vermittlungsinstantz in einer Zeit des akuten sozialen und wirtschaftlichen Notstandes führte zu einer bedeutenden Schwächung der gesellschaftlichen Ordnung.“<sup>1)</sup>

Weder der Prozess von Oslo noch die Einrichtung der Palästinenserbehörde haben viel zu einer Reform der politischen Ordnung oder zur Wiederbelebung des politischen Prozesses beigetragen. Im Gegenteil: Die Entwicklung eines im wesentlichen autoritären Staates und eines Einparteiensystems, das abweichende Ansichten jeder Art aktiv bekämpft, bedeutet zumindest vorläufig das Ende jeder bürgernahen politischen Dialektik. Die kleineren weltlichen Gruppierungen sind als politische Akteure nicht mehr

1) Sara Roy, „Beyond Hamas: Islamic Activism in the Gaza Strip“ *Harvard Middle Eastern and Islamic Review*, Jahrg. 2 (1995), Nr. 16. Das Kapitel über die politische Lage stammt teilweise (S. 5–6) aus diesem Beitrag.

funktionsfähig, so dass nur Yassir Arafats Partei, die al Fatah, und die islamische Alternativorganisation Hamas als Hauptakteure übrigbleiben. Von diesen beiden ist die al Fatah wegen der Bestechlichkeit ihrer führenden Vertreter sowie wegen des Bruderzwists innerhalb der Partei selbst diskreditiert, während die Hamas mit ihrer religiösen Botschaft vielen Menschen Trost bietet. Trotzdem lehnen die Palästinenser in ihrer Mehrheit immer noch einen islamischen Staat ab. Bei alledem muss man sich jedoch darüber im Klaren sein, dass die Hamas in dem momentan herrschenden politischen Vakuum die einzige organisierte politische Opposition gegen das Regime darstellt und allein aus diesem Grund ihre Gefolgschaft durchaus vergrößern könnte. Charakteristisch für das politische Leben der Palästinenser ist also nicht mehr der Kampf verschiedener Ideologien um die Vorherrschaft, sondern der völlige Mangel an politischen Ideologien jeglicher Art, von einer gemeinsamen Ideologie ganz zu schweigen.

### *Der Niedergang der Ideologien und Ideen*

In der Zeit nach Oslo war die politische Kultur der Palästinenser von einem auffallenden Mangel an nationalistischen Ideologien gekennzeichnet, wie er seit Jahrzehnten nicht mehr vorgekommen war. Die Palästinenser glauben (und haben sich vielleicht auch damit abgefunden), dass ihr nationaler Traum ausgeträumt ist. Bislang wäre so etwas undenkbar gewesen. Heutzutage ist die palästinensische Führung lediglich daran interessiert, ihre politische Herrschaft auf Kosten der nationalen Befreiung und der ihr zugrundeliegenden Ideale zu sichern. Diese Verleugnung der palästinensischen Sache beeinträchtigt die ohnehin aufgewühlte Zivilgesellschaft in vielerlei Hinsicht. Da wäre zum einen die wachsende Militarisierung der Gesellschaft, zu erkennen an der Allgegenwart von Polizei, Militär und Sicherheitskräften im Alltagsleben der Palästinenser. Fast die Hälfte aller staatlichen Angestellten sind im Sicherheitsbereich tätig. Am erschreckendsten ist dabei vielleicht die Tatsache, dass das Sicherheitswesen der Palästinenserbehörde immer mehr junge Leute aufnimmt, eine Taktik, die nicht nur dazu dient, Kontrollmechanismen und Abhängigkeiten zu schaffen, sondern auch dazu, potenzielle Gegner mundtot zu machen.

Zu den weiteren Manifestationen staatlicher Überheblichkeit zählt die Entmündigung der Institutionen, die damit zusammenhängende Konzentration der Macht in den Händen Yassir Arafats, der steigende Trend zur Vergabe von Stellen an politische Günstlinge und die Schaffung von immer mehr Pfründen in den einzelnen Ministerien. Ganz offensichtlich besteht die hauptsächliche Qualifikation für einen einflussreichen Posten nicht in technokratischen Kenntnissen, sondern darin, Arafat Gefolgschaft zu leisten. Auch die palästinensischen Nichtregierungsorganisationen (NROs), die in der Vergangenheit immer das Rückgrat der Entwicklung im Lande gebildet haben, werden durch die Autonomiebehörde immer mehr unter Druck gesetzt. Nach einem im Sommer 1999 erlassenen Gesetz muss jeder Antrag zur Einrichtung einer NRO zunächst durch den palästinensischen Geheimdienst geprüft und genehmigt werden.

So ist der Pluralismus zu Stagnation, Bürokratie und Autoritarismus verkommen. In Verbindung mit dem Fehlen jeglicher weltlichen politischen Ideologie hat dieser Trend das Konzept des Nationalismus seiner Bedeutung größtenteils beraubt. In dem heutigen, von Oslo geschaffenen und von der Palästinenserbehörde bestimmten Umfeld wird das nationale Engagement eines Palästinensers nicht mehr daran gemessen, ob er für Selbstbestimmung und politische Rechte eintritt, sondern daran, ob er ein politisch kaum legitimiertes Gefüge aus Sicherheitswesen und Vetternwirtschaft unterstützt. Dabei erhebt sich sofort die Frage: „Was bedeutet Politik im heutigen Palästina?“ Ohne Traum und ohne Ziel konzentriert sich die Politik heute darauf, die Ordnung auf Kosten der Freiheit wiederherzustellen. Und all das geschieht mit Billigung und Unterstützung der israelischen und amerikanischen Regierungen (allein das Westjordanland hat fünf CIA-Außenstellen aufzuweisen).

Außerdem treten seit dem Beginn des Friedensprozesses zum erstenmal Ausschlussprozesse innerhalb der palästinensischen Gesellschaft auf. Solange das Land unter der Herrschaft der Israelis stand, war *jeder* Palästinenser ein Opfer der Diskriminierung. Unter Arafat haben sich jedoch seit 1994 im Rahmen des Sicherheitssystems und der Vetternwirtschaft neue wirtschaftliche und politische Eliten herausgebildet, deren Privilegien und Rechte allen anderen

ganz offensichtlich verweigert werden. Ausgegrenzt ist hierbei die Mehrheit der Armen, von denen man sagen kann, dass sie heute genauso wenig Zugang zu den Ressourcen des Landes haben wie vor Oslo. Die immer tiefer werdenden sozialen Gräben in Palästina sind ein Beleg für diesen Ausgrenzungsprozess, wobei die tiefste und unüberbrückbarste Kluft zwischen den Einheimischen und denen von draußen – den „Tunesiern“ – besteht. Gleichheit vor dem Gesetz gibt es nicht, noch nicht einmal zum Schein – was vielleicht noch beunruhigender ist.

Wer heute an das palästinensische Regime denkt, denkt an Zwang und Tyrannie. Über die Bestechlichkeit der Palästinenserbehörde und ihre Missachtung von Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit ist schon viel geschrieben worden (siehe unten). Objektiv gibt es dafür zahlreiche Beispiele: Menschen werden willkürlich verhaftet, ohne Gerichtsverhandlung ins Gefängnis geworfen, gefoltert; Dissidenten werden ermordet, die Presse wird censiert, die Gewerkschaften werden unterdrückt; Rede- und Diskussionsfreiheit werden eingeschränkt, Dissidenten und Oppositionelle jeder Art unterdrückt; die Versammlungsfreiheit wird beschnitten usw. Was die Führung fürchtet, ist nicht alternative Macht, sondern alternatives Denken. In der Öffentlichkeit gilt dieses Verhalten der palästinensischen Führung nicht nur als Verrat an der Sache, sondern als Beweis dafür, dass sie mit den israelischen Besatzern und ihrer Politik der Spaltung und Isolierung unter einer Decke steckt. Eine solche Wirklichkeit haben sich die Palästinenser *nie* vorstellen können. „Vielleicht zum erstenmal in unserer jüngeren Geschichte haben wir als Volk auch unseren letzten Halt verloren, sei es im nationalen, politischen, ideologischen, wirtschaftlichen, sozialen oder familiären Bereich. Es gibt für uns nichts mehr, worum wir uns scharen könnten. Wir werden von innen ausgehöhlt, brutal unterdrückt von den Israelis und jetzt sogar von unserer eigenen Führung. Damit hat niemand je gerechnet.“<sup>2)</sup>

2) Interview, Gaza, Sommer 1999.

Von der Einleitung des Friedensprozesses erhofften sich die Palästinenser einen eigenen Staat, der nicht nur souverän, sondern auch demokratisch und offen sein sollte. Die Erkenntnis, dass dies nicht zu Stande kommen würde, löste bei der Bevölkerung zunächst Schock und Verwirrung aus, gefolgt von

Entfremdung und Resignation. Dabei liegt der Grund für die allgemeine Mutlosigkeit nicht so sehr in der Frage nach der Existenz oder Nichtexistenz eines Nationalstaates, sondern in der Tatsache, dass sich die Regierung immer undemokratischer verhält und politische Reformen undurchführbar erscheinen. Wie ein palästinensischer Akademiker sagte: „Wir hören immer von einem souveränen Staat, aber niemand spricht davon, was für eine Art von Souveränität gemeint ist und woher sie kommen soll. Wie soll eigentlich die Beziehung zwischen den Regierenden und den Regierten aussehen, und wie soll die Macht verteilt werden? Wer ist der Souverän und wer entscheidet? Welche Institutionen sind frei, welche repräsentativ? Wann ist eine Handlung gut? Meiner Meinung nach sind alle diese Fragen für unsere Führung ketzerisch, und deswegen sprechen im Moment noch nicht einmal wir (die Intellektuellen) darüber, denn die Behörde hat keinen Zweifel daran gelassen, was mit denen passiert, die solche Fragen stellen. Irgendwann einmal ist es zu spät, sich über die Antworten Gedanken zu machen, aber wann?“<sup>3)</sup> Die Palästinenser wissen, dass ihr Staat kommen wird, aber viele fürchten sich immer mehr davor, was das wohl für ein Staat sein wird.

Das Verbllassen der Ideologien ist im Grunde durch einen Mangel an Ideen und das Fehlen einer ideellen Philosophie bedingt. Für jede Gesellschaft, und besonders für eine junge Gesellschaft wie die palästinensische, ist dieser Verlust viel gefährlicher als der Charakter des jeweils herrschenden Regimes. Denn eine Gesellschaft, der die Ideen fehlen oder die Möglichkeit bzw. die Freiheit, diese Ideen zu artikulieren, hat nichts, worum sie sich scharen könnte. In einem solchen Umfeld wird jeder sinnvolle Wandel schwierig, wenn nicht unmöglich. Wie ein palästinensischer Aktivist einmal sagte: „Vielleicht der größte Schaden, den Oslo angerichtet hat, ist die Schwächung der Entschlusskraft unserer Nation und unseres Volkes und die damit zusammenhängende Sinnentleertheit. Es gibt nur noch wenig Positives, was uns als Volk motivieren könnte. Wir haben den Glauben an Ideologien jeder Art verloren. Wir lachen sogar über sie, weil sie so bedeutungslos geworden sind. Was passiert wohl mit einer Gesellschaft, in der keiner an etwas anderes denkt als an sein eigenes Überleben und an sein

3) Interview, Westjordanland, Sommer 1999.

- 4) Interview, Gaza, Sommer 1999.
- 5) Interview, Gaza, Sommer 1999.
- 6) Vgl. Fawaz Turki, „Palestinian Self-Criticism and the Liberation of Palestinian Society“, *Journal of Palestine Studies*, Jahrg. 25, Nr. 2, (Winter 1996), S. 74.
- 7) Interview, Gaza, Sommer 1999.

Wohlergehen?“<sup>4)</sup> Oder, wie es ein anderer ausdrückte: „Wenn die Israelis und die Palästinenserbehörde glauben, dass sie uns spalten können, dann sind sie dumm. Die Zeit dafür ist längst vorbei. Sie können uns nicht mehr spalten, nur noch begraben.“<sup>5)</sup>

Der Verlust ihres Mittelpunkts hat der palästinensischen Gesellschaft viel von ihrer Dynamik genommen. Das gesellschaftliche Interesse konzentriert sich jetzt zwangsläufig nicht mehr auf langfristige, sondern auf kurzlebige Fragen. Dies hat nicht nur zu einem „Niedergang der Politik“ und einem „Rückzug aus dem freien Spiel der Gedanken“<sup>6)</sup> geführt, sondern in gewissem Sinne auch zu einer Abwendung von der Geschichte selbst, denn niemand hat die Zeit, den Willen oder einen Anlass, sich damit zu beschäftigen. „Unsere Geschichte hat keine Fenster mehr,“ sagte ein junger Vater von fünf Kindern. „Wie kann ich an die Vergangenheit denken, wenn mich die Gegenwart so voll in Anspruch nimmt? Unseren Führern, die sich nur die Taschen füllen, bedeutet unsere Vergangenheit nichts; warum sollte sie dann mir mit meinen leeren Taschen etwas bedeuten?“<sup>7)</sup> In einem derart geschrumpften, völlig sinn- und zweckentleerten Umfeld schwindet auch das historische Erinnerungsvermögen und mit ihm die Vorstellung von einer kollektiven Identität. Die Politik zielt nicht mehr darauf ab, Legenden zu erfinden, sondern darauf, das Erinnerungsvermögen der Öffentlichkeit zu betäuben. Womöglich hofft die palästinensische Führung sogar darauf, die Bevölkerung damit zur Annahme politischer Lösungen zu bewegen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wären.

### *Die Renaissance der Stammeskultur*

Aus der Vulgarisierung des politischen Lebens lässt sich noch eine weitere Lehre ziehen, die für die palästinensische Gesellschaft von großer Bedeutung ist: Wichtig ist nicht nur, was der Staat selbst tut, sondern auch, wozu er die Menschen veranlasst. Der bereits weiter oben beschriebene Trend zur Militarisierung und zur Schwächung der Institutionen zeigt, dass die sozialen Beziehungen und die sie bestimmenden Werte nicht mehr bestehen. Am auffallendsten an diesem Zusammenbruch ist der Verfall der moralischen Wertbegriffe. Direkt im Zusammenhang damit stehen zwei von der Palästinenserbehörde ausgelöste dyna-

mische Entwicklungen: Die Missachtung und Ablehnung der moralischen Vorstellungen und Wertbegriffe der palästinensischen Gesellschaft durch die Regierung und die zwangsweise Einführung unethischer Verhaltensmaßregeln, die das tägliche Leben der Bevölkerung immer mehr bestimmen.

Die Haltung der Palästinenserbehörde und ihrer Vertreter gegenüber der Gemeinschaft war von Anfang an respektlos und erniedrigend. Das, was sie taten, war für viele Palästinenser und besonders für die, die im eher konservativen Gazastreifen leben, ein gesellschaftlich inakzeptabler Schlag ins Gesicht. Außerdem wird die Zahl derer immer größer, die der Palästinenserbehörde die Korruption und Perversion von Werten und Normen anlasten, von der die palästinensische Gesellschaft immer mehr geprägt wird. Dass einige Leistungen der Grundversorgung nur über Bestechung erhältlich sind, dass Zwangsmaßnahmen bei wirtschaftlichen Transaktionen eine Rolle spielen und dass gestohlene Fahrzeuge offen auf der Straße verkauft werden können, sind nur drei Beispiele für den moralischen Niedergang.

Während der Intifada wäre das, was wir heute tun müssen, noch *haram* gewesen. Damals haben wir noch verzweifelt dagegen gekämpft. Die Intifada war mehr als ein politischer Kampf gegen die Besatzung, sie war ein moralischer Kampf für eine bessere Gesellschaft. Aber heute bleibt uns keine Wahl mehr. Was sollen wir tun? Wir bekommen kein Telefon, keinen Führerschein, keine Krankenversicherung und keinen Arbeitsplatz ohne Bestechung. Wer versucht, sich „richtig“ zu verhalten, ist verraten und verkauft. Jeder kann zusehen, wie die Palästinenserbehörde mit Betrügerei und Erpressung reich wird. Warum sollte sich dann ein armer Kerl aus einem Flüchtlingslager, der viele Mäuler zu stopfen hat, besser verhalten? Was hat Wohlverhalten noch für einen Sinn, wenn es einem zum Lohn nur noch schlechter geht? Die langfristigen Folgen sind natürlich erschreckend, aber wer hat schon Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, wenn die eigenen Kinder Hunger haben?<sup>8)</sup>

Dass sich die Öffentlichkeit in einer solchen Zwangslage sieht, deutet darauf hin, dass die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern durch kein vertragliches Ethos mehr geregelt werden;

8) Interview, Gaza, Sommer 1999.

dies wiederum führt zu einer wachsenden Entfremdung zwischen dem Volk und der Autonomiebehörde. Zusammen mit der unvermindert harten wirtschaftlichen Notlage, auf die weiter unten eingegangen werden soll, hat diese wachsende Entfremdung dazu geführt, dass sich besonders die für solche Situationen äußerst anfälligen Armen immer mehr nach innen kehren. (Dieselben Umstände sind dafür verantwortlich, dass Gewalt und sexueller Missbrauch in Familien immer häufiger werden und die Scheidungsrate steigt.) Aber es sind nicht nur die Armen, die sich vor der Zukunft in die Vergangenheit zurückziehen. Auch die „Gebildeten, die politisch Fortschrittlichen und intellektuell Begabten geben auf, und viele lehnen den Staat ab, bevor er noch ausgerufen werden kann.“<sup>9)</sup>

9) Tracy Wilkinson, Mary Curtius, „Statehood No Panacea for the Palestinians“, *Los Angeles Times*, 4. September 2000.

10) Sara Roy, „De-development Revisited: Palestinian Economy and Society since Oslo“, *Journal of Palestine Studies*, Jahrg. 28, Nr. 3, (Frühjahr 1999), S. 77.

11) Ibid.

Diesem Rückzug aus der Gesellschaft entspricht der Rückzug der größeren (nichtstaatlichen) sozialen Institutionen, was besonders für die Jugend kritisch ist. Anstelle dieser Institutionen entstehen partikularistische Organisationsformen auf Stammesbasis, die den Entrechteten eher Sicherheit, eine Identität und ein Gefühl von Dazugehörigkeit bieten können. Im Gazastreifen ist zum Beispiel die Zahl der gewalttätigen Ausschreitungen zwischen einzelnen Familienclans seit 1998 beträchtlich gestiegen – ein Phänomen, das zumindest allgemein gesehen mehr als zwei Jahrzehnte lang nicht mehr aufgetreten war. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den Familienclans sind mittlerweile so häufig geworden, dass im palästinensischen Sicherheitsdienst dafür eine Sondereinheit eingerichtet wurde.<sup>10)</sup> Laut Dr. Eyad El Sarraj werden derartige Verhaltensweisen „noch verstärkt dadurch, dass sich die Palästinenserbehörde mit Hilfe der Clan-Politik an der Macht hält: Wenn man einen Job bei der Regierung will, muss man entweder einem großen Clan oder aber der herrschenden Partei, der al Fatah, angehören. In einem Umfeld, in dem der staatliche Sicherheitsapparat über dem Gesetz steht und sogar die Urteile des Obersten Gerichtshofs ignorieren kann, hat der einzelne keine andere Wahl, als sich auf den Schutz seiner Familie zu verlassen.“<sup>11)</sup> Schließlich und endlich verdingen sich viele schlecht bezahlte Polizisten und Sicherheitskräfte in Gaza oft als Schläger in den Fehden zwischen den Reichen und Mächtigen.

Ähnliches gibt es auch im Westjordanland. Auch hier haben diejenigen, die entweder in der Wirtschaft oder auf der Straße das Sagen haben angesichts des völligen Versagens der Justiz damit begonnen, eigene Milizen aufzustellen, um sich Gerechtigkeit zu verschaffen (wie man das auch immer definieren mag); um wirkliche oder imaginäre Vergehen zu bestrafen, und um Schutz bieten zu können. Diese Milizen sind nicht nach Partei- oder Religionszugehörigkeit organisiert, sondern bestehen im Allgemeinen aus jungen Männern, die mit ihrem Anführer entweder befreundet oder verwandt sind. Eigentlich handelt es sich also um Banden. Geführt werden diese Milizen von Angehörigen der verschiedensten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Klassen, von reich bis arm. Glücklicherweise (oder unglücklicherweise) arbeiten diese Gruppierungen in einigen Fällen recht effizient, denn sie bieten Schutz- und Regressmöglichkeiten, die offiziell nicht zugänglich sind.

In einem Fall wurde einer mit der Autorin befreundeten jungen Frau von ihrem Bruder wiederholt mit Mord gedroht, falls sie ihm ihren Anteil am Familienerbe nicht überließe. Als sie sich standhaft weigerte, wurde sie von ihrem Bruder wiederholt tätlich angegriffen und einmal fast zu Tode geprügelt. Ein anderes Mal versuchte ihr Bruder, sie durch einen bezahlten Mörder töten zu lassen. Auf Drängen ihrer Freunde wandte die Frau sich zunächst an die Polizei und die Gerichte, also an offizielle Stellen. Aber obwohl sie von ihrem Bruder schwer misshandelt worden war, wies das Gericht ihre Klage ab und erklärte, es handele sich um eine Familienangelegenheit, die nicht in die Kompetenz der Justiz falle. Danach blieb ihr nach eigener Einschätzung kein anderer Ausweg, als einen Freund um Schutz zu bitten. „Seine Männer“ suchten ihren Bruder an seinem Arbeitsplatz auf, verprügelten ihn, hielten ihm eine Pistole an den Kopf und drohten, ihn zu erschießen, falls er seiner Schwester noch einmal etwas antue. „Deine Schwester ist jetzt unsere Schwester,“ sagten sie dem Bruder, und die Drohungen hörten sofort auf. Dabei besteht natürlich die Gefahr, dass sich nunmehr der Bruder seinerseits einer Miliz anvertrauen bzw. eine eigene Miliz aufstellen und damit ein Bandenkrieg entfacht werden könnte. Bislang ist das zwar nicht geschehen, aber es ist nur eine Frage der

Zeit. Es gibt viele solcher Fälle, und es werden immer mehr.

Dabei liegt eine bittere Ironie in der Tatsache, dass gerade nach der Einrichtung der Autonomiebehörde und der Einleitung des Friedensprozesses traditionelle, informelle Rechtspflege-, Rechtsprechungs- und Ahndungsmechanismen in der palästinensischen Gesellschaft eine Bedeutung gewonnen haben, die bis heute fast unverändert fortbesteht. Diese gesellschaftliche Dynamik, die die Fragmentierung der sozialen Beziehungen widerspiegelt, deutet darauf hin, dass die Vorstellung von einer kollektiven Identität und damit auch die gemeinsame Grundlage für eine Koalitionsbildung, die über das partikularistische Niveau hinausgeht, im Verschwinden begriffen sind. Wenn dieser sozialen Regression nicht bald Einhalt geboten wird, ist eine Umkehr nur noch unter Schwierigkeiten möglich, und die sozialen Kosten werden enorm sein. Wenn man wissen will, wie enorm diese Kosten sind, braucht man sich nur den Libanon anzusehen.

Die Muster, die sich im Moment in der Gesellschaft herausbilden, weisen eine überraschende Ähnlichkeit mit denen in der Wirtschaft auf, wo der Aufbau einer integrierten Wirtschaft Schritt für Schritt der Bildung lokaler Wirtschaftseinheiten weichen muss. In der Wirtschaft wie in der Gesellschaft löst sich das Ganze allmählich in seine Bestandteile auf, und das Verhalten der einzelnen Gruppierungen ist immer mehr durch Insularität und Introvertiertheit gekennzeichnet.

## ■ Der Niedergang der Wirtschaft und der Produktivität

Seit den Anfängen des Friedensprozesses im September 1993 leidet die Mehrheit der im Westjordanland und im Gazastreifen lebenden Palästinenser unter wirtschaftlicher Not, die sich stetig verschärft.<sup>12)</sup> Man könnte sagen, dass seit dem Beginn der israelischen Besatzung im Jahre 1967 die palästinensische Wirtschaft und das palästinensische Volk noch nie so schwach und hinfällig gewesen sind. Im Vergleich mit den Fortschritten anderer Staaten in der Region steht die Wirtschaft des Westjordanlandes und des Gazastreifens heute sogar schlechter da als vor 33 Jahren. Die Palästinenser verfügen über kein gesichertes

12) Die Wirtschaftsdaten in diesem Abschnitt stammen aus verschiedenen Quellen, wie z.B. Sara Roy, *Postscript – The Gaza Strip, The Political Economy of De-development*, zweite Ausgabe, Institute for Palestine Studies, Washington, Herbst 2000; Id.: Sara Roy, *De-development Revisited: Palestinian Economy and Society since Oslo*, S. 64–82; The World Bank Group, *West Bank and Gaza Update: Poverty in the West Bank and Gaza*, The World Bank, Jerusalem, April 2000; Patricia Alonso-Gamo, Max Alier, Thomas Baunsgaard, Ulric Erickson von Allmen, *West Bank and Gaza Strip: Economic Developments in the Five Years Since Oslo*, Middle Eastern Department, International Monetary Fund, Washington 1999.

Wirtschaftssystem; Weiterentwicklung, Wachstum und Chancen sind in der Wirtschaft selten – eine tragische Ironie angesichts der enormen Wohlstandserwartungen, die man in den ersten Tagen nach dem Friedensabkommen an die Wirtschaft richtete.

Für die wirtschaftliche Realität in der Zeit nach Oslo sind zwei grundlegende Fakten bestimmend: Die Unterentwicklung wie auch die überkommenen Abhängigkeitsstrukturen bestehen weiter und ein Wandel findet nicht statt, während die ohnehin geschwächten Grundlagen der Wirtschaft durch die Einführung neuer Strukturen und besonders durch die Schließung der Grenzen noch weiter angegriffen werden. Die wirtschaftliche Lage in der Zeit nach Oslo wurde von zwei Akteuren bestimmt, nämlich der israelischen Regierung in der Haupt- und der Palästinenserbehörde in der Nebenrolle.

#### *Die israelische Politik und die Nichtanerkennung natürlicher Gegebenheiten*

Auch in der Zeit nach Oslo änderte sich nichts an den grundlegenden Bedingungen, die unter der Besatzung galten. Nach den Osloer Verträgen behält Israel die umfassende Kontrolle über die palästinensische Wirtschaft, das heißt sowohl über alle wesentlichen Produktionsfaktoren wie Land, Wasser, Arbeit und Kapital als auch über die Grenzen nach außen und (im Westjordanland) nach innen. Fast ohne jeden Widerspruch nimmt Israel durch seine Politik auch weiterhin den Palästinensern ihr Land, ihre Häuser und die Mittel zu ihrem Lebensunterhalt. Den Palästinensern stehen gestern wie heute nur wenige Regressmöglichkeiten gegen die Maßnahmen der Israelis zur Verfügung, aber anders als früher gelten diese Maßnahmen heute als der Preis für den Frieden und nicht als Gründe für den Konflikt. Unter diesen Umständen können sich die Palästinenser nicht mehr mit moralischen Argumenten oder dem Kampf für eine gerechte Sache legitimieren, sondern nur noch durch ihre Bereitschaft, sich Bedingungen unterzuordnen, die zum großen Teil von den Israelis formuliert werden. Mit am schädlichsten unter diesen Bedingungen ist die Schließung der Grenzen, die in der Zeit nach Oslo das wirtschaftliche Leben in Palästina bestimmt hat.

Als langfristige politische Maßnahme wurde eine Schließung der Grenzen von Israel zum erstenmal im

März 1993 angeordnet, einige Monate vor der Unterzeichnung des ersten Osloer Vertrags. Seitdem hat sich zwar die Bandbreite dieser Maßnahmen immer wieder geändert, aber vollständig aufgehoben wurden sie kein einziges Mal. Der Gazastreifen, und in einem etwas geringeren Ausmaß auch das Westjordanland, wurden so von Israel und anderen Exportmärkten wie auch voneinander abgeriegelt. Besonders für die Arbeitsmärkte und den Handel in Palästina hat sich dies als äußerst schädlich erwiesen. Dabei gibt es allgemeine, totale und interne Restriktionen. Bei einer *allgemeinen Schließung der Grenzen* wird der Verkehr von Arbeitskräften, Waren und Produktionsfaktoren zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen einerseits und Israel andererseits sowie zwischen dem Westjordanland und Gaza eingeschränkt. Dies führt normalerweise zu längeren Verzögerungen und umfangreichen Durchsuchungen an den Grenzübergängen. Bei einer *totalen Schließung* wird jeder Verkehr unterbunden; im Regelfall wird eine solche Maßnahme entweder zur Vorbeugung extremistischer Übergriffe in Israel oder aber nach einem solchen Vorkommnis angeordnet. *Interne Beschränkungen*, die den Verkehr zwischen den einzelnen palästinensischen Gemeinden im Westjordanland eingrenzen, wurden durch das zweite Osloer Abkommen von 1995 ermöglicht, durch das das Westjordanland im Endeffekt in einzelne Kantone unterteilt wurde, zwischen denen von Israel kontrollierte Gebiete liegen. Laut Amnesty International wurden bis zum Dezember 1999 aufgrund der Osloer Verträge im Westjordanland 227 voneinander getrennte Gebiete eingerichtet, die der Palästinenserbehörde entweder ganz oder teilweise unterstehen. Die überwältigende Mehrheit dieser Gebiete, nämlich genau 199, hat eine Fläche von weniger als zwei Quadratkilometern.<sup>13)</sup> Da das dazwischenliegende Land unter israelischer Kontrolle steht, werden diese Gebiete effektiv zu Bantustans.

13) Geoffrey Aronson, „Recapitulating the Redeployments: The Israel-PLO Interim Agreements“, Information Brief 32, Center for Policy Analysis on Palestine, Washington, 27. April 2000.

In einer dramatischen Umkehr der bisherigen historischen Entwicklung wurde durch die Grenzschließung fast der gesamte Verkehr zwischen dem Westjordanland und Gaza zum Erliegen gebracht. Die beiden Gebiete sind heute praktisch voneinander isoliert, und es gibt kaum noch persönliche oder kommerzielle Kontakte. Viele Geschichten werden von

Palästinensern erzählt, die seit Jahren in einem dieser Gebiete leben, aber von den Israelis noch keine Genehmigung erhalten haben, Verwandte oder Freunde in dem jeweils anderen Gebiet zu besuchen. Die Entferungen, die die einzelnen Familien voneinander trennen, sind nur gering und belaufen sich oft nur auf wenige Kilometer. Ein junger Mann, ein Arbeiter aus Gaza, fasste das Problem einfach und prägnant in den folgenden Worten zusammen: „Früher habe ich davon geträumt, in meinem eigenen Land zu leben. Jetzt träume ich davon, aus dem Gazastreifen herauszukommen.“<sup>14)</sup>

Auch die Wirtschaftstätigkeit zwischen diesen Gebieten – besonders Gaza – und Israel wurde durch die Schließung der Grenzen stark eingeschränkt, mit äußerst schädlichen Auswirkungen auf die palästinensische Wirtschaft mit ihrer historisch gewachsenen Abhängigkeit von den israelischen Arbeits- und Handelsmärkten. Außerdem wurde dadurch, dass der Zugang der Palästinenser nach Jerusalem weitgehend eingeschränkt wurde, der nördliche Teil des Westjordanlands vom südlichen Teil getrennt, denn alle wesentlichen Straßenverbindungen laufen über Jerusalem. Da Jerusalem seit jeher das kommerzielle Zentrum des Westjordanlands war, kam dadurch auch das arabische Wirtschaftsleben in der Stadt weitgehend zum Erliegen. In den letzten Jahren haben weniger als vier Prozent der im Westjordanland und in Gaza lebenden Palästinenser eine Einreiseerlaubnis nach Jerusalem erhalten. So tiefgreifend ist die Teilung des Westjordanlands, dass im Norden lebende Familien Heiraten zwischen ihren eigenen Kindern und Kindern aus dem südlichen Teil ablehnen, weil sie fürchten, dann jahrelang von ihren Kindern getrennt leben zu müssen.<sup>15)</sup>

Die schädlichen Auswirkungen der Beschränkungsmaßnahmen machen sich auf verschiedenste Art bemerkbar. Am greifbarsten und dramatischsten sind dabei vielleicht die hohe, laufend schwankende Arbeitslosigkeit und das sinkende Durchschnittseinkommen der palästinensischen Arbeitnehmer in Israel, denen nur wenige Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Arbeitslosenquote in Gaza und im Westjordanland hat sich von 1992 bis 1996 um mehr als das Neunfache erhöht, nämlich von drei auf 28 Prozent. Die höchsten Quoten ergaben sich je-

14) Interview, Gaza, Mai 2000.

15) Amira Hass: Vortag am Center for Middle Eastern Studies, Harvard-Universität, Mai 1999.

weils bei einer totalen Schließung der Grenzen, die dann nicht mehr von Arbeitnehmern überschritten werden dürfen. So waren zum Beispiel nach der totalen Schließung im März und April 1996 66 Prozent aller arbeitsfähigen Palästinenser entweder arbeitslos oder stark unterbeschäftigt. Nachdem die Sperre teilweise aufgehoben worden war, sank zwar die Arbeitslosenquote wieder, blieb aber dennoch im Westjordanland und im Gazastreifen von 1997 bis 1999 auf einem relativ hohen Niveau von 10 bis 20 bzw. 18 bis 30 Prozent. Der Preis, den die ohnehin geschwächte Wirtschaft dafür zu zahlen hatte, belief sich auf Hunderte von Millionen Dollar.

Aus den neueren Zahlen (2000) geht hervor, dass in Gaza eine erschreckend hohe Arbeitslosenquote von 25 Prozent herrscht, mit einer der höchsten der Welt. Im Westjordanland sind es zehn Prozent. Der Arbeitsmarkt ist aber immer noch weitgehend bedingungslos von Israel abhängig. Der vertraute Anblick von Arbeitern, die auf den Straßen von Jaffa eine Beschäftigung als Tagelöhner suchen, zeigt allzu deutlich, dass die Arbeitslosigkeit wie auch das damit verbundene Gefühl der Unsicherheit und Erniedrigung immer noch vorhanden sind. Außerdem kann sich die Arbeitslosenquote jederzeit schnell und dramatisch ändern, je nachdem, ob die Israelis die Restriktionen wieder verschärfen oder andere Maßnahmen ergreifen. Ohne eine echte Strukturreform kann deswegen die Arbeitslosigkeit bestenfalls vorübergehend absinken, langfristig bleibt dies jedoch ohne praktische Bedeutung.

Zu den weiteren Auswirkungen der Restriktionsmaßnahmen zählen die nachlassende Handelstätigkeit in Palästina (wo die Einfuhren weit höher liegen als die Ausfuhren) sowie die Verschiebung in der Produktion hin zu traditionellen Tätigkeiten und geringeren Stückzahlen. Handel und Arbeitsmarkt werden von der israelischen Politik beherrscht. Die Schließung der Grenzen hat den Handel weitgehend behindert und die langfristig positiven Auswirkungen bestehender Handelsvereinbarungen zunichte gemacht. Die alten Schemata bestehen unverändert weiter: Israel ist immer noch der beherrschende Handelspartner, die Handelsstruktur ist einseitig (d.h. den palästinensischen Herstellern wird der freie Zugang zu den israelischen Märkten verweigert, während

israelische Unternehmen unbeschränkten Zugang zu den palästinensischen Märkten haben) und der Zugang zu den internationalen Märkten bleibt beschränkt. Zusätzlich wurden neue Maßnahmen eingeführt, wie zum Beispiel die gegenseitige Abschottung der Märkte im Gazastreifen und im Westjordanland, beides historisch bedeutsame Absatzgebiete. Des Weiteren schwindet die Bedeutung des israelischen Markts für den palästinensischen Export.

Zwar würde eine detaillierte Besprechung der Handelsprobleme in der Zeit nach Oslo den Rahmen dieses Beitrags sprengen,<sup>16)</sup> aber einige wichtige Punkte sollen dennoch erwähnt werden. Zum einen bringt die Schließung der Grenzen für jede wirtschaftliche Transaktion beträchtliche Unsicherheiten mit sich, denn weder die Auslieferung von Fertigprodukten noch die Anlieferung von Material kann garantiert werden. Da der palästinensische Markt die Lieferung seiner Produkte nicht mehr zuverlässig garantieren kann, ist er heute nicht mehr so attraktiv für die israelischen Händler, die sich immer mehr anderen, stabileren Märkten in der arabischen Welt zuwenden. Da andererseits auch die Lieferung von Rohstoffen und anderen dringend benötigten Kostengütern nicht garantiert werden kann, sind die palästinensischen Hersteller gezwungen, sich nicht nur mit einem sinkenden Marktanteil in ihrem Hauptabsatzgebiet Israel abzufinden, sondern zu ihrem Schaden auch noch für die stark gestiegenen (oft unerschwinglichen) Produktionskosten aufzukommen. Zum Zweiten sind die palästinensischen Geschäftsleute in wachsendem Maß auf ihre eigenen Märkte vor Ort und damit auf einen beschränkten Aktionsradius angewiesen, weil Ihnen nur wenige Möglichkeiten zur Verfügung stehen, ihre Verluste auf dem israelischen Markt auszugleichen. Schließlich haben einige landwirtschaftliche Produzenten angesichts der bei geschlossenen Grenzen mit jeder geschäftlichen Tätigkeit verbundenen Kosten und Risiken wieder mit dem Anbau von Feldfrüchten begonnen, die zwar von geringerem Wert, aber weniger verderblich und besser verkäuflich sind, und die für den Verbrauch vor Ort produziert werden, nicht für den Export. Falls sich dieser Trend weiter fortsetzt, wird die palästinensische Wirtschaft immer isolierter, traditioneller und eingeschränkter werden.

16) Vgl. Roy, *Postscript*; das Thema wird hier mit zahlreichen Literaturhinweisen detailliert besprochen.

Auch die wachsende Armut unter den Palästinensern zeigt schmerzlich die Wirkung dieser Restriktionen. Das Wirtschaftsleben nach Oslo, d.h. nach 1993, könnte man ganz krass als eine Zeit wachsender Verarmung bezeichnen. Seit der Einführung der Restriktionsmaßnahmen konnte die palästinensische Wirtschaft weder wachsen noch die Bevölkerung ernähren, und die Armut breitete sich daher weiter aus. Aus den neueren Wachstumsindikatoren geht hervor, dass sich die Härten gemildert haben, ohne dass die erforderliche Wirtschaftsreform stattgefunden hätte. In den letzten paar Jahren ist das Pro-Kopf-Einkommen im Westjordanland und im Gazastreifen von 2000 Dollar auf 1600 Dollar beziehungsweise von 1200 Dollar auf 900 Dollar gefallen. Zum Vergleich: In Israel beträgt das Pro-Kopf-Einkommen 17000 Dollar.

Insgesamt entsprach im Jahr 2000 der Anteil derer, die unter der Armutsgrenze leben (die für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und vier Kindern bei einem Tageskonsum von unter zwei Dollar im Jahresdurchschnitt liegt), 20 Prozent der Bevölkerung, etwas weniger als 1997 – damals waren es noch fast 25 Prozent. Die Mehrheit der Armen lebt im Gazastreifen und stellt dort fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Mehr noch: 25 Prozent aller palästinensischen Kinder leben in Armut. Rechnet man zu den Armen auch diejenigen hinzu, die an oder knapp über der Armutsgrenze leben, dann steigt ihre Zahl dramatisch, denn ganz ohne Zweifel würde dann die Mehrheit der Bevölkerung des Gazastreifens dazugehören.

Die palästinensischen Familien haben sich auf verschiedene Art auf die herrschende Not eingerichtet. Zum Einen steigt der Anteil der arbeitenden Kinder, besonders in der Altersgruppe von 12 bis 16. 1999 stellte das zentrale Statistikbüro von Palästina fest, dass 74 Prozent der arbeitenden Kinder unter 18 Jahren keine Schule besuchen und 73 Prozent mehr als 35 Stunden pro Woche arbeiten. Wenn man davon ausgeht, dass Kinder unter 18 Jahren knapp über 53 Prozent der Bevölkerung stellen, ergeben sich aus diesem wachsenden Mangel an Schulbildung für die Bevölkerung verheerende langfristige Konsequenzen.

Des Weiteren haben sich als Reaktion auf den wachsenden wirtschaftlichen Druck die Verbraucher-

gewohnheiten geändert. Man gibt mehr für Lebensmittel und weniger für Bildung, Gesundheitsfürsorge und anderes aus. Familien borgen sich Geld und verschulden sich immer mehr; sie plündern und verbrauchen ihre Ersparnisse und verkaufen ihre Habseligkeiten, wie zum Beispiel Schmuck und Elektrogeräte, um ihr Verbrauchsniere aufrechterhalten zu können. Unter den Palästinensern macht sich die Armut so breit wie nie zuvor. Bettler – meist Frauen und Kinder – sind auf den Straßen von Palästina in viel größerer Zahl zu sehen. Kinder, von denen manche kaum fünf oder sechs Jahre alt sind, versuchen überall, etwas zu verkaufen. In Gaza schließen sich Frauen und Kinder häufig zu großen Gruppen zusammen, um von Institutionen oder Privathaushalten Geld oder Lebensmittel zu erbetteln.<sup>17)</sup> Solange die Schließung der Grenzen die Realität bestimmt, wird Israel die Kontrolle über die Lebensumstände der Palästinenser behalten, egal welche rechtlichen Vereinbarungen getroffen werden.<sup>18)</sup>

### *Die Politik der Palästinenserbehörde und die Verschiebung des wirtschaftlichen Gleichgewichts*

Auch bei der Gestaltung des heutigen wirtschaftlichen Umfeldes hat die Palästinenserbehörde Schaden angerichtet. Zwar hat sie auch einige Leistungen vorzuweisen, wie zum Beispiel die Einrichtung eines funktionierenden Banken- und Steuerwesens sowie einige mehr oder weniger erfolgreiche Maßnahmen zur Entwicklung der Infrastruktur; andererseits war sie nicht in der Lage, die bestehenden Unebenheiten soweit abzuschaffen, dass die eigene Bevölkerung einen besseren Zugang zur Wirtschaft hätte finden und vor Übergriffen geschützt werden können, die zu Zeiten der direkten israelischen Herrschaft überall in der palästinensischen Wirtschaft vorkamen. Statt dessen missbraucht die Palästinenserbehörde selbst ihre Macht.

Insgesamt ist das von der Palästinenserbehörde geschaffene rechtliche Umfeld durch eine schwache, tatenlose Rechtsprechung und Gesetzgebung gekennzeichnet. Die Machtlosigkeit dieser Institutionen röhrt zum guten Teil von ihrer Unfähigkeit her, die eigenen Entscheidungen durchzusetzen, besonders dann, wenn damit die Macht der Exekutive eingeschränkt werden soll. Das bemerkenswerteste Bei-

17) Die Schließung der Grenzen hat für den Einzelnen noch weitere tiefgreifende Konsequenzen. Im Bereich der Gesundheitsfürsorge kommt es zum Beispiel häufig vor, dass Patienten die dringend erforderliche medizinische Versorgung verweigert wird oder aber Angestellte von Krankenhäusern nicht zur Arbeit gelangen können. Außerdem wird aufgrund der wachsenden Notlage die primäre gesundheitliche Versorgung immer weniger genutzt. Auf dem Bildungssektor wurden mindestens 33 000 Studenten und 15 000 Lehrern zu verschiedenen Zeiten der Zugang zu ihren Bildungsinstituten wegen totaler oder interner Restriktionmaßnahmen verweigert.

18) Vgl. Lee Hockstader, „Dependence Shapes Emerging State: Reality of Israeli Control Tempers Dreams of Autonomy“, *The Washington Post*, 8. September 2000.

spiel hierfür ist die Tatsache, dass sich Arafat seit langem weigert, das 1998 von der gesetzgebenden Versammlung verabschiedete Grundgesetz, eine funktionsfähige Verfassung für den Staat, zu unterzeichnen. Dieser Mangel an Verantwortlichkeit, Transparenz und Regressmöglichkeiten stellt praktisch eine Art von Gesetzlosigkeit dar, die bereits potenzielle Investoren abgeschreckt und die Entwicklung des Privatsektors unterminiert hat; gerade der Privatsektor aber ist von entscheidender Bedeutung für die langfristige Entwicklung und die Reform der Wirtschaft. Möglicherweise ist dies kein Zufall. Wie ein palästinensischer Wirtschaftswissenschaftler sagte:

Das Letzte, was die Palästinenserbehörde will, ist eine lebensfähige Wirtschaft und eine wirtschaftliche Entwicklung, die dem Einzelnen Nutzen bringen und die Heranbildung anderer Machtzentren begünstigen könnten. Eine solche wirtschaftliche Mündigkeit führt direkt zu politischer Mündigkeit, und davor haben Arafat und seine handverlesene Elite Angst. Er will ein schwaches Volk, das von ihm und seiner Protektion abhängt. Ein starker Privatsektor, wie es ihn eigentlich geben sollte, ist für ihn eine enorme Bedrohung. So herrscht er eben. Die Macht ist ihm wichtiger als eine Reform der Wirtschaft oder der Politik. Andererseits haben Arafat und seine direkte Umgebung mit ihrer wirtschaftlichen Kollaboration mit Israel enorme Gewinne gemacht. Sie sind auf unsere Kosten reich geworden, und sie werden weitermachen, solange es geht. Wenn es aber einmal nichts mehr zu holen gibt, dann gehen sie.<sup>19)</sup>

Die Wirtschaftsführung der Palästinenserbehörde ist sowohl protektionistisch als auch korrupt. Als Beispiel dafür möge der übermächtige Einfluss dienen, den die Regierung über ihre Monopole auf den Markt ausübt. Diese Monopole stehen unter der persönlichen Kontrolle von hochgestellten Mitgliedern der Autonomiebehörde, die mit israelischen Lieferanten zusammenarbeiten. Im Gazastreifen verfügte die Palästinenserbehörde zu bestimmten Zeiten über mindestens 13 Monopole auf den Import von lebensnotwendigen Gütern wie Mehl, Zucker, Öl, Gefrierfleisch, Zigaretten, Schlachtvieh, Zement, Zuschlagsstoffe, Stahl, Holz, Tabak und Petroleum; nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums

19) Interview, Westjordanland, Mai 2000.

waren es sogar 25. Zwar wurden von 1998 bis 1999 einige dieser Monopole scheinbar aufgegeben, aber die Behörde vergibt immer noch Importrechte für verschiedene Güter und hat vor kurzer Zeit sogar langfristige Monopole auf bestimmte Versorgungsbereiche vergeben. 1997 wurde von palästinensischen Funktionären der – wie man hört, von Arafat selbst vereitelte – Versuch unternommen, sich ein Monopol für die Vergabe von Arbeitserlaubnisscheinen an palästinensische Arbeiter zu verschaffen.<sup>20)</sup>

Derartige Praktiken behindern einen freien und fairen Wettbewerb und führen letztendlich zu Preisabsprachen, die für die Mehrheit der Bevölkerung von besonderem Nachteil sind. Preisabsprachen verteuern die Grundnahrungsmittel, und damit wird es für den Einzelnen immer schwieriger, selbst die einfachsten Ernährungsbedürfnisse zu befriedigen.<sup>21)</sup> Andererseits verdient die Palästinenserbehörde nach Angaben des amerikanischen Außenministeriums jährlich Hunderte von Millionen Dollar an diesen Monopolen. Dieser Vorgang kommt praktisch einer Einkommensumverteilung von den ärmeren Schichten an eine neue politische Klasse mit einer beträchtlichen Wirtschaftsmacht gleich, die ihre Gewinne zur Unterstützung des Apparats der Palästinenserbehörde und dem Vernehmen nach auch zur persönlichen Bereicherung verwendet. Diese Gruppe, die von Arafats Wirtschaftsberater Mohammed Rashid und dem Befehlshaber der Sicherheitskräfte im Gazastreifen, Oberst Mohammed Dahlan, angeführt wird, untersteht direkt dem Präsidenten.<sup>22)</sup>

Diese neue Elite ist erst in der Zeit nach Oslo vorgetreten. Zusammen mit Arafat entscheidet sie darüber, wer zu welchen Bedingungen in welche Sektoren der palästinensischen Wirtschaft investieren darf. Ausländische Investitions- und Kreditquellen werden von ihr streng kontrolliert, und zwar in Verbindung mit einzelnen Interessenvertretern aus dem Privatsektor (die man so bei der Stange hält) und Akteuren aus dem Ausland, d.h. mit Israelis, die früher im Gazastreifen oder im Westjordanland als Militär- oder Sicherheitsbeamte tätig waren.<sup>23)</sup>

Auch diese neue politische Klasse zieht aus dem Status quo, d.h. aus der Schließung der Grenzen ihren Profit und sieht deswegen keinen Grund, etwas zu ändern. Die Autonomiebehörde selbst hat nicht ein

20) Vgl. Roy: *Postscript*.

21) Ibid.

22) Ibid.

23) Vgl. z.B. Moshe Reinfeld, „Die fragwürdige Rolle der Ginosar in den Gesprächen mit der Palästinenserbehörde wegen gegenseitiger wirtschaftlicher Bindungen“, hebräischer Artikel in *Ha'aretz*, 1. Mai 2000.

einziges Mal die Abschottungspolitik der Israelis auf der Ebene der internationalen Politik zur Sprache gebracht, trotz der vielen öffentlichen Erklärungen, in denen diese Politik kritisiert wurde. Hierfür wären u.a. wirtschaftliche Gründe zu nennen. Solange die Restriktionen andauern, bleiben zum Beispiel die Löhne der palästinensischen Arbeiter niedrig, die den Gazastreifen und das Westjordanland nicht verlassen können. Die Autonomiebehörde kann ihnen somit für billiges Geld Arbeit verschaffen und damit ihre Protektions- und Abhängigkeitsstruktur aufrecht erhalten. Ein noch auffallenderes Beispiel für die Ausnutzung der Restriktionspolitik durch die Palästinenserbehörde bietet folgender Fall:

[1996, als die Politik der totalen Restriktion ihren Höhepunkt erreicht hatte,] erklärte sich die israelische Regierung bereit, die Sperrmaßnahmen in Sufa zu lockern, einem Grenzübergang nahe Rafah, über den große Mengen von Industriegütern und Rohmaterial in den Gazastreifen eingeführt werden. Die Kiesimporteure im Gazastreifen waren besonders darauf bedacht, ihre Bestände aufzustocken, und in Sufa hätten sie das Monopol umgehen können, das für Kiesimporte in Erez bestand, dem Haupttor zum Gazastreifen. Da aber der Grenzübergang bei Sufa nicht von den Inhabern des Kiesmonopols in Erez kontrolliert wurde, hielt die Palästinenserbehörde Sufa noch zwei Wochen geschlossen, bis dort auch ein Monopol eingerichtet werden konnte. Im Zeitraum von Januar bis Juli stieg daraufhin der Kiespreis von 15 auf 30 Dollar pro Tonne.<sup>24)</sup>

24) Sara Roy, „Economic Deterioration in the Gaza Strip“, *Middle East Report*, Juli-September 1996 (S. 38). Diese Informationen stammen vom amerikanischen Außenministerium.

In einem anderen Fall hatte ein erfolgreicher palästinensisch-amerikanischer Geschäftsmann, Mahmud al Farra, eine Getreidemühle modernster Bauart bei Khan Younis in Gaza errichtet. Das wirtschaftliche Umfeld dort machte es ihm unmöglich, mit den billigeren Mehlimporten aus Israel zu konkurrieren, und er beantragte deshalb bei der Autonomiebehörde eine Beschränkung dieser Importe. Angesichts des Einnahmepotentials der Mühle fasste Mohammed Rashid den Entschluss, sich eine Mehrheitsbeteiligung zu verschaffen und al Farra hinauszudrängen. Mit Hilfe eines Mitglieds seiner „Seilschaft“, Versorgungsminister Abu Ali Shahin, stellte Rashid die weitere Einfuhr von billigem Mehl aus Israel sicher und machte

es so für al Farra finanziell unmöglich, die Mühle weiter zu betreiben. In der Folge wurde es Rashid „gestattet“, einen Anteil von 47 Prozent an der Mühle zu erwerben. Am Tag nach der Übernahme hörten die Einfuhren aus Israel auf, und die Mehlpreise schossen von einem Tag auf den anderen um etwa 20 Prozent in die Höhe. Einige Zeit später überredete Rashid Mohammed Sabawi, den Eigentümer des ausschlaggebenden Anteils an der Mühle, ihn bei seinem Versuch, al Farra hinauszudrängen, zu unterstützen. Zwar wurde al Farra von Rashid verschiedentlich Korruption und Mißmanagement vorgeworfen, aber nichts davon kam je vor Gericht. Mit dem Anteil von Sabawi konnte Rashid al Farra tatsächlich hinausdrängen. Heute ist der Geschäftsführer Ali Shaath, der auch den Hafen von Gaza leitet.<sup>25)</sup> Die anderen beiden Getreidemühlen in Gaza und auf der West Bank kaufen ihren Weizen „in Absprache“ mit der Mühle von Rashid ein.

Am deutlichsten und erschreckendsten traten die staatlichen Zwangsmaßnahmen im Sommer 1999 zutage. Damals wurden die Geschäftslute und besonders die Goldhändler in Gaza von der Autonomiebehörde förmlich attackiert. Musa Arafat, ein Cousin von Yassir Arafat, der den militärischen Nachrichtendienst leitet, kidnappte systematisch die Oberhäupter einiger prominenter Kaufmannsfamilien in Gaza und verlangte Lösegeld für sie. Dabei wurden den Familien nicht nur riesige Summen abgepresst; die Angriffe waren ganz offensichtlich dazu gedacht, die ortsansässigen Kaufleute zu ängstigen und ihnen vor Augen zu führen, welcher Preis für mangelndes Wohlverhalten zu entrichten ist. Diese Übergriffe haben zwar mittlerweile aufgehört, aber sie hätten ohne Yassir Arafats Billigung nicht stattfinden können; ganz offensichtlich gelten sie als legitimer Teil der staatlichen Politik. In Anbetracht dieser Umstände kann es nicht überraschen, dass das palästinensische Zentrum für Menschenrechte vor kurzem berichtete, Angehörige der palästinensischen Sicherheitskräfte und der Autonomiebehörde frequentierten ein israelisches Spielcasino in der Gush Qatif-Siedlung in Gaza. Das Kasino wird von einem Siedler namens Amos geführt, der für seine ständigen Übergriffe gegen die Palästinenser bekannt ist, die in al-Mawasi nahe der Siedlerenklave leben.<sup>26)</sup>

25) Die Informationen stammen vom amerikanischen Außenministerium (Sommer 2000). Sie werden auch bei Wilkinsen und Curtius, op. cit., erwähnt.

26) Palestinian Center for Human Rights, „The Palestinian Center for Human Rights calls for stopping a shaming phenomenon: A casino in a settlement is frequented by Palestinians“, Pressemitteilung 102/2000, Gaza, 11. September 2000.

Auch Korruption ist bei der Autonomiebehörde weit verbreitet. Im Jahr 2000 sah sich die Palästinenserbehörde durch den Druck der internationalen Gebergemeinschaft veranlasst, in einem Bericht zuzugeben, dass sie über einen millionenschweren Reptilienfonds verfügte und 530 Millionen Dollar nicht bestimmungsgemäß verwendet worden waren. Der zuletzt genannte Betrag wurde dabei vom palästinensischen Finanzministerium in den Jahren 1998 und 1999 an die Palestinian Commercial Services Company (PCSC) umgeleitet, die sich zu 100 Prozent im Besitz der Autonomiebehörde befindet. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass damit bereits das ganze Ausmaß der Machenschaften der Autonomiebehörde ans Tageslicht gekommen ist. Die Gelder stammten aus Einfuhrzöllen, die von der israelischen Regierung auf Ausfuhren aus Palästina erhoben wurden. Sie wurden von der israelischen Regierung auf ein Konto eingezahlt, das unter der Kontrolle von Yassir Arafat steht und von Mohammed Rashid über die PCSC verwaltet wird.

Obwohl ein bestimmter Teil dieser Gelder dazu diente, die laufenden Ausgaben der Palästinenserbehörde zu decken, wurde der Löwenanteil für andere Zwecke verwendet. Die PCSC verfügt über ein Vermögen von 345 Millionen Dollar. Davon sind 292 Millionen Dollar in 34 verschiedenen Firmen investiert; mit 60 Millionen Dollar am höchsten bewertet ist der Anteil von 30 Prozent am Stammkapital des Oasis Casino in Jericho. Außerdem besitzt die PCSC Luxushotels, das staatliche Zementmonopol, die palästinensische Telekom und al Farras Getreidemühle, deren Wert mittlerweile über vier Millionen Dollar beträgt. 1999 wies die PCSC einen Nettogewinn von 77 Millionen Dollar aus, wovon 18 Millionen aus dem Verkauf von Zement stammen.<sup>27)</sup> Diese Zahlen stehen in erschreckendem Kontrast zu der Tatsache, dass mindestens 20 Prozent aller Palästinenser in Armut leben und die Lebensumstände der übrigen Bevölkerung nicht wesentlich besser sind.

Kann man die palästinensische Gesellschaft als produktiv bezeichnen? Die Auswirkungen der Politik sowohl der israelischen wie auch der palästinensischen Regierung auf die Wirtschaft des Landes waren verheerend. Der angerichtete Schaden beeinträchtigt

27) Palestinian National Authority, International Monetary Fund, „West Bank and Gaza Economic Policy Framework“, Bericht vom 31. Mai 2000, Lissabon, 7.-8. Juni 2000, Abs. 13 und Anhang 1. Website: [www.pna.net/events/economic\\_ahlc.html](http://www.pna.net/events/economic_ahlc.html).

nicht nur die Substanz des Wirtschaftslebens, sondern auch die Regeln des wirtschaftlichen Verkehrs an sich. Und diese Regeln, ob sie nun in Tel Aviv oder in Gaza aufgestellt werden, zeigen deutlich, dass die Grundsätze, nach denen die Wirtschaft geführt wird, die Produktivität nicht fördern, sondern hemmen sollen. Auch gibt es keine Gesetze, die den Wohlstand des palästinensischen Volkes fördern und Schaden von ihm abwenden könnten. Funktionsfähige Umverteilungsmechanismen sind selten, und die wenigen, die es gibt, sind oft ethisch nicht zu vertreten. Übeltäter werden nicht bestraft, sondern belohnt, und sie finden sich selbst unter den höchsten Staatsdienstern, in Israel wie in Palästina. In einem derartig pervertierten Umfeld wird die Wirtschaft immer mehr zu einer Domäne der Käufer und nicht der Produzenten, und ihr gestaltendes Element sind die Bedürfnisse des Augenblicks, nicht die Möglichkeiten der Zukunft.

### **■ Die kritische Dynamik einer Sozialordnung im Wandel: Einige Gedanken zum Abschluss**

Verstärkte Restriktionen, die immer weiter um sich greifende Korruption und die ausufernde Bürokratisierung haben das durch den Friedensprozess geschaffene politische und wirtschaftliche Vakuum ausgefüllt und zu steigenden sozialen Spannungen und periodischen Gewaltausbrüchen geführt. Israel kontrolliert nach wie vor das Land und das Leben der Palästinenser, und daran wird auch eine endgültige Vereinbarung nichts ändern. Dabei spielt die Autonomiebehörde insofern mit, als sie als Preis für das eigene Überleben auch ihrerseits Kontrolle ausübt. Im Endeffekt hat der Einzelne kaum noch eine Vorstellung davon, wo er auf persönlicher und kollektiver Ebene steht oder stehen wird, und dieser Orientierungsverlust wiederum hat nach so vielen Jahren des Abschwungs eine gewisse Abstumpfung hervorgerufen. Ein junger Palästinenser meinte: „Denken Sie ja nicht, dass Sie uns in Wirklichkeit sehen ... wir sind eigentlich nur ein Abklatsch. In uns ist alles leer.“<sup>28)</sup>

Charakteristisch für die palästinensische Gesellschaft ist zumindest teilweise die Regellosigkeit ihrer sozialen Strukturen, ihrer Regierung, ihrer Rechts-

28) Amira Hass, *Drinking the Sea at Gaza: Days and Nights in a Land Under Siege*, Metropolitan Books, New York 1999.

pflege und ihrer Märkte, und vielleicht auch der allgemein geringe Zuwachs an Wissen. Die gesellschaftliche Ordnung wird in wachsendem Maße durch negative und nicht durch neutrale Regeln bestimmt, durch einen Mangel an Mitgefühl und Einigkeit sowie durch das Fehlen wichtiger gesellschaftlicher und politischer Bindungen. Durch die Entwicklung neuer sozialer Typen hat sich die dominierende Bezugsgruppe langsam vom Positiven zum Negativen verschoben. All dies läuft in einem Umfeld ab, in dem die Wirtschaft dahinsiecht und die Armut wächst. Um diesem Wandel zu begegnen, können die Palästinenser offensichtlich nicht viel mehr tun, als sich auf ihre Stammes- oder Religionszugehörigkeit oder aber auf sich selbst zurückzuziehen, wo Schweigen Zuflucht bietet.<sup>29)</sup> Das Endergebnis ist „ein zersplittertes Gemeinwesen“, wie es Fawaz Turki genannt hat.<sup>30)</sup>

Andererseits gibt es keine Lage, die vollständig hoffnungslos wäre. Die Palästinenser setzen ihre Hoffnung auf den Einzelnen: auf die Würde der Flüchtlingsmutter, die zehn Kinder in drei Zimmern großzieht und alles versucht, um jedem dieser Kinder eine Schulbildung angedeihen zu lassen; auf die Arbeit einzelner Lehrer, die sehr viel riskieren, um die alten Vorstellungen durch neue Ideen in Frage zu stellen und ihre Schüler zur Leistung und nicht zum Streben nach Macht zu erziehen.

Die Hoffnung lebt auch in den zivilgesellschaftlichen Institutionen weiter, die versuchen, gegen den Verfall tragender sozialer Bindungen anzugehen und moralische Bezugspunkte zu erhalten. Zu diesen Institutionen gehören verschiedene bürgernahe Verbände religiöser wie weltlicher Art, die für Bildung, Gesundheitsfürsorge und andere soziale Dienstleistungen Sorge tragen, um die örtlichen Gemeinschaften wieder zu beleben. Dazu gehören auch Menschenrechtsorganisationen, die ungeachtet der wachsenden persönlichen Gefahr auch weiterhin Menschenrechtsverletzungen sowohl durch die israelische Regierung als auch durch die Autonomiebehörde dokumentieren und anprangern. Und schließlich gehören dazu berufsständische Organisationen, die mit Hilfe von Kollektivmaßnahmen versuchen, gegen Missstände vorzugehen. Ein Beispiel dafür ist der jüngste Streik palästinensischer Lehrer im Westjordanland,

29) Turki, *Palestinian Self-Criticism*, S. 76.

30) Ibid.

der trotz der für den einzelnen Streikenden enormen Kosten und trotz der ständigen und gegen Ende auch in die Tat umgesetzten Vergeltungsdrohungen der Palästinenserbehörde relativ lange aufrechterhalten wurde. Schließlich gehört dazu auch eine immer stärker werdende Bewegung, die ein Rückkehrrecht für die Palästinenser fordert und die einzelnen Bürger bereits mit einem Erfolg zu mobilisieren begonnen hat. Vielleicht hat gerade dieser Erfolg zu der Brandstiftung im Ibdaa-Kulturzentrum im Lager von Dheisheh geführt, in dem Flüchtlingskinder aus dem Westjordanland täglich über Computer Kontakt mit anderen Kindern anderswo auf der Welt aufnehmen konnten. Es ist keine Frage, dass diese Gruppen von grundlegender Bedeutung für das Gefüge der palästinensischen Gesellschaft sind, aber allein können sie dem Ansturm nicht standhalten.

Wie ist die palästinensische Gesellschaft geartet? Wer ist der Bürger, und welche Pflichten hat er? Was sind die wesentlichen Ansprüche der gesellschaftlichen Ordnung? Was ist der ganzen Gesellschaft gemeinsam? Worum geht es bei der laufenden Auseinandersetzung unter den Palästinensern, und wohin führt das alles?

Die palästinensische Gesellschaft verliert allmählich ihr Gleichgewicht. Die Regeln, die es einer Gesellschaft erlauben, sich Ausgewogenheit, Ordnung und einen Mittelpunkt zu erhalten, sind sämtlich gebrochen worden. Für die palästinensische wie für alle anderen Gesellschaften ist die Chance einer persönlichen Entwicklung maßgeblich. Dazu gehört für den Einzelnen das Gefühl, Möglichkeiten zu haben und sie ungehindert nutzen zu können. Wie tragisch die Alternative dazu ist, zeigt die folgende Geschichte: Als ich vor einigen Jahren – vor der Unterzeichnung der Osloer Vereinbarung – durch ein Flüchtlingslager in Gaza ging, kam eine Frau auf mich zu. Ich kannte sie nicht, und trotzdem nahm sie meinen Arm, als ob wir die besten Freunde wären, und zog mich an sich. Sie sah mich an und sagte: „Ich kann meinen Kindern nichts anderes mehr zu essen geben als schwarze Milch.“ Danach drehte sie sich ohne ein weiteres Wort um und ging. Ein Freund, der mich damals begleitete, bezeichnete sie sofort als verrückt, aber ich habe diese Frau und unsere kurze, aber herzerreißende Begegnung nie vergessen. Was sie mir

zu sagen hatte, erscheint in bestimmter Hinsicht heute noch relevanter als damals: Ich kann meine Kinder nicht mehr ernähren. Wozu bin ich dann noch nütze?

Der Artikel wurde von Wilfried Becker aus dem Englischen übersetzt. Er erschien ursprünglich in der Zeitschrift *Critique: Journal for Critical Studies of the Middle East*, Nr. 17, 2000, S. 5–30. Wir danken der Autorin, dem Herausgeber von *Critique*, Eric Hooglund, und der Verlagsgruppe Taylor & Francis (<http://www.tandf.co.uk>) für die freundliche Erlaubnis, eine deutsche Übersetzung veröffentlichen zu dürfen.